

# In drei Landkreisen: Eltern wollen mit Petition auf Kinderärztemangel aufmerksam machen

NRWZ-Redaktion  
3. November 2024



Eine Initiative namens „Kinder brauchen Kinderärzte!“ hat sich mit offenen Briefen an alle Mandatsträger der Landkreise Rottweil, Freudenstadt und Zollernalb gewandt. Sie ruft außerdem die Öffentlichkeit auf, sich an einer ihrer Petitionen zu beteiligen. Diese teilen sich ebenfalls auf die drei Landkreise auf.

In ihrem Aufruf zur Petition heißt es: „Schwierigkeiten bei der Terminvergabe, lange Wartezeiten in überfüllten Wartezimmern, lange Fahrtstrecken, Ärzte und Praxisteams am oder bereits über dem Limit,

Aufnahmestopps und damit gleich gar keine kinderärztliche Versorgung selbst für die Aller kleinsten und weitere Schließungen sind bereits absehbar – das ist aktuell die traurige Realität hier in der Region.“ Die medizinische Versorgung der Kinder sei nicht mehr gesichert, und die Situation spitze sich immer weiter zu, heißt es weiter. „Auf diesen Missstand machen wir bereits seit über einem Jahr aufmerksam. In einem offenen Brief fordern wir nun unsere Lokalpolitik zu aktivem Handeln auf.“

**Die Petitionen sind aufgeteilt in die drei Landkreise, die sie adressieren:**

- Für den Kreis RW ist sie zu finden unter <https://chng.it/WTKDvyhn5S>
- Für den Kreis FDS unter <https://chng.it/GjL9TrrQYm>
- Für den Zollernalbkreis unter <https://chng.it/s9DFkGRLSJ>.

Unterzeichnet wurden sie von Miriam Hempel und Sabrina Hezel (RW), Elena Theiss (FDS), Sabrina Neumann und Christine Wiest (ZAK). Ihre die Petitionen begleitenden Briefe richten sie an Abgeordnete der drei Landkreise, an Bürger- und Oberbürgermeister und an die Landräte.

Eine weitere Petition, die sich an die Kassenärztliche Vereinigung richtet, ist unter <https://www.change.org/p/kinder-brauchen-dringend-kinder%C3%A4rzte> zu finden.

**Als Hauptanliegen verfolgen die Petenten:**

- die Gründung eines medizinischen Versorgungszentrums für Kinder- und Jugendmedizin (MVZ),

- Bürokratieabbau,
  
- eine Kinderarztquote (kurz: Zulassung von zusätzlichen Studierenden, die sich nach Abschluss ihres Studiums verpflichten, sich für mehrere Jahre in einem unterversorgten Gebiet niederzulassen – ansonsten sind Rückzahlungen erforderlich),
  
- Überprüfung der Vorgaben sowie Aktualität der Daten bei der KV (diese haben letztlich zu dieser untragbaren Situation geführt),
  
- nachvollziehbare und transparente Bedarfsplanungen, die sich am heutigen Standard orientieren und
  
- Verbesserungen bei der Terminvergabestelle 116117.